

26.05.2023

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu dem Antrag „**Gedenken an die Opfer des rechtsextremistischen Brandanschlags in Solingen – Einstehen gegen Rassismus und Diskriminierung**“

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP Drucksache 18/4358

A. Der Antrag erhält folgende neue Fassung:

Gedenken an die Opfer des rechtsextremistischen Brandanschlags in Solingen – Einstehen gegen Rassismus und Diskriminierung

„I. Ausgangslage

Gürsün İnce (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4) wurden bei dem rechtsextremistischen Brandanschlag in der Nacht zum 29. Mai 1993 in Solingen getötet. Viele weitere Familienmitglieder wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Der Brandanschlag von Solingen gilt als trauriger Höhepunkt rechtsextremistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Diese rechtsextreme Gewalt fand ihren Ausdruck auch in den Brandanschlägen und Ausschreitungen in Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen und Mölln. Diese Anschläge ebenso wie die Verbrechen des rechtsterroristischen NSU und die menschenverachtenden Anschläge von Kassel und Halle machen deutlich, dass rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Gewalt bittere Realität in Deutschland sind.

Mevlûde und Durmuş Genç verloren bei dem Brandanschlag in Solingen zwei Töchter, zwei Enkelinnen und eine Nichte. Mevlûde Genç ist am 30. Oktober 2022 verstorben. Sie setzte sich bis zu ihrem Tod für Versöhnung, Liebe und Respekt ein. Dafür gebührt ihr unser Dank und unsere Anerkennung. Ihr Tod ist ein Verlust für unsere Gesellschaft. Der Familie Genç, die weiterhin die Erinnerung an den Brandanschlag von 1993 wach hält und sich gegen Rassismus einsetzt, gilt unser tiefes Mitgefühl und unser Dank. Wir unterstützen die wichtige Arbeit des Zentrums für verfolgte Künste in Solingen, in dem das persönliche Archiv von Mevlûde Genç aufbewahrt wird.

Seit 2018 verleiht das Land Nordrhein-Westfalen die Mevlûde-Genç-Medaille an Personen und Initiativen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt engagieren.

Datum des Originals: 26.05.2023/Ausgegeben: 26.05.2023

Die Namen und die Geschichte der Opfer von Solingen sind Teil des kollektiven Gedächtnisses unserer Gesellschaft. Die Erinnerung an Solingen ist eine wichtige Mahnung, Rechtsextremismus und Rassismus einzudämmen und demokratische Haltungen in unserer Gesellschaft fortwährend zu stärken. Das ist eine wesentliche Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft. Hierzu gehört ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander und die klare Solidarisierung mit den Opfern. Für diese Ziele setzen sich viele zivilgesellschaftliche Initiativen, Bündnisse und Organisationen tagtäglich ein.

Die Einrichtungen und Projekte der politischen Bildung, die sich mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinandersetzen und die Beratungsstellen aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus leisten einen wichtigen Beitrag für die Unterstützung von Betroffenen und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Migrantenorganisationen übernehmen ebenfalls eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, insbesondere mit Blick auf Selbstbestimmung und Selbstvertretung. Auch staatliche Stellen leisten wichtige Beiträge zur Prävention. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus gilt es auch in Zukunft zu unterstützen und die Themen im gesellschaftlichen Diskurs klar zu benennen.

Gleichwohl ist festzustellen, daß gerade angesichts dieses traurigen Datums immer noch eine deutliche Zahl von extremistisch und rassistisch motivierten Handlungen und Einstellungen festzustellen ist. Die Arbeit dagegen erscheint gerade wegen des anerkennenswerten, hohen Ressourceneinsatzes in ihrer Effizienz fragwürdig. Warum stellen wir immer noch diese beklagenswerten Einstellungen fest? Warum setzt sich nicht die Einsicht durch, daß solche Handlungen sinnlos und nach keiner politischen Grundhaltung gerechtfertigt sein können? Warum lautet die Antwort der Regierungen darauf, noch immer mehr von dem einzusetzen, was gerade nicht geholfen hat? Diese Fragen gilt es zu untersuchen und die Antworten in die Arbeit für ein menschenwürdiges, angstfreies Leben aller Menschen in Deutschland einzubringen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Der Landtag hält die Erinnerung an die Opfer des rechtsextremistischen Brandanschlags von Solingen wach.
- Der Landtag steht für eine lebendige demokratische Debattenkultur ohne Ausgrenzung und Diskriminierung ein.
- Der Landtag tritt allen menschenverachtenden Einstellungen, jeder Form von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus entgegen.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung:

- Maßnahmen und Projekte zum Gedenken an den rechtsextremistischen Brandanschlag zu fördern,
- alle Maßnahmen gegen Rassismus und Extremismus einer strengen grundsätzlichen und begleitenden Nützlichkeits- und Effizienzkontrolle zu unterziehen, begleitet durch Forschungen zu menschenverachtenden Einstellungen,
- wenn nötig, das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus unter Einbindung der von Rassismus Betroffenen weiterzuentwickeln,
- die Arbeit der Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus von Mobiler Beratung, Opferberatung und Aussteigerberatung weiter zu unterstützen,

- die Erkenntnislage zu menschenverachtenden Einstellungen mit der Stärkung der Forschung zu Rechtsextremismus und Dunkelfeldstudien zu verbessern,
- den Ermittlungsdruck gegen rechtsextremistische Straftaten weiterhin hoch zu halten.“

B. Der Antrag mit der Drucksachenummer 18/4358 wird dafür wie folgt geändert:

- I. Auf Seite 1, Absatz 1, Zeile 7 am Ende wird gestrichen „ die menschenverachtenden Anschläge von München, Kassel, Halle und Hanau“. Stattdessen wird eingefügt „weitere menschenverachtende Anschläge“.
- II. Auf Seite 2 wird der zweite Absatz gestrichen.
- III. Als neuer Absatz 3 wird auf Seite 2 eingefügt:
„Gleichwohl ist festzustellen, daß gerade angesichts dieses traurigen Datums immer noch eine deutliche Zahl von extremistisch und rassistisch motivierten Handlungen und Einstellungen festzustellen ist. Die Arbeit dagegen erscheint gerade wegen des anerkennenswerten, hohen Ressourceneinsatzes in ihrer Effizienz fragwürdig. Warum stellen wir immer noch diese beklagenswerten Einstellungen fest? Warum setzt sich nicht die Einsicht durch, daß solche Handlungen sinnlos und nach keiner politischen Grundhaltung gerechtfertigt sein können? Warum lautet die Antwort der Regierungen darauf, noch immer mehr von dem einzusetzen, was gerade nicht geholfen hat? Diese Fragen gilt es zu untersuchen und die Antworten in die Arbeit für ein menschenwürdiges, angstfreies Leben aller Menschen in Deutschland einzubringen.“
- IV. Auf Seite 2 wird nach „Der Landtag beauftragt die Landesregierung“ als zweiter Stichpunkt eingefügt:
„alle Maßnahmen gegen Rassismus und Extremismus einer strengen grundsätzlichen und begleitenden Nützlichkeits- und Effizienzkontrolle zu unterziehen, begleitet durch Forschungen zu menschenverachtenden Einstellungen,“
- V. Im ursprünglichen zweiten Stichpunkt wird zu Beginn eingefügt:
„wenn nötig,“
- VI. Der ursprünglich vierte Stichpunkt wird gestrichen.

Dr. Hartmut Beucker
Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith

und Fraktion